

Definitive Version Resolution vom 14.11.2018

Die Bauernfamilien fordern vom Bundesrat eine grundlegende Korrektur der im Rahmen der Botschaft zur AP22+ in die Vernehmlassung gegebenen Vorschläge für Gesetzesänderungen.

Artikel 104a zur Ernährungssicherheit wurde im September 2017 vom Volk deutlich angenommen. Wir fordern, dass er im Rahmen der zukünftigen Agrarpolitik auch wirklich konkretisiert wird.

Die Anpassungen der zukünftigen Agrarpolitik müssen den Bauernfamilien in unserem Land zwingend Zukunftsperspektiven bieten und Folgendes gewährleisten:

- Eine Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe
- eine hohe Stabilität der Rahmenbedingungen
- eine deutliche Annäherung des landwirtschaftlichen Einkommens an vergleichbare Einkommen, hauptsächlich durch Erzielung einer höheren Wertschöpfung auf den Märkten
- die faire Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen durch die Direktzahlungen
- eine reale Vereinfachung der Administration

Mit der zur Vernehmlassung vorgelegten Vorlage, insbesondere der vom Bund vorgesehenen Restrukturierung des Direktzahlungssystems, können diese Erwartungen in keiner Weise erfüllt werden. Sie wäre kontraproduktiv.

Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern sind bereit, ihr Engagement in den Bereichen der Lebensmittelversorgung, des Tierwohls und der Erhaltung der Ressourcen entsprechend den Erwartungen unserer Bevölkerung und dem Verfassungsauftrag weiterzuführen. Sie fordern nur Anpassungen, wo es absolut notwendig ist, d. h. einfache, verständliche, effiziente und zusammengehende agrarpolitische Massnahmen, was bei der sich in Vernehmlassung befindlichen Botschaft nicht der Fall ist.